

# Laibacher Zeitung.

Nr. 293.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Anstellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 20. December

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 40 kr., 2mal 60 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 4 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1867.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 19. December.

Die Conferenz ist also post tot discrimina rerum auf die beratende Vorversammlung zusammengekrumpft, an der theilzunehmen die Cabinette von London, Wien und St. Petersburg sich bereit erklärt hatten. Der scharfblickende Punkt-Correspondent der „A. Allg. Ztg.“ glaubt, daß schon die Erklärung des Staatsministers in der Sitzung vom 5. December, daß Italien sich nie Roms bemächtigen werde, dem von Frankreich ausgegangenen Conferenzproject den Gnadenstoß versetzt habe, da das Florentiner Cabinet, wie bekannt, die Einladung nur unter der Bedingung angenommen hatte, daß die nationalen Ansprüche auf Rom als Hauptstadt ausdrücklich anerkannt würden. Uebrigens war der Gedanke an eine beschließende Conferenz schon vor Abgabe jener Rouher'schen Erklärung beseitigt gewesen, und nur die beratende Vorversammlung war noch in Aussicht behalten worden. Die preussische Regierung hat aber nun auch diese Vorconferenz unmöglich gemacht, durch Hinweis auf den in den Protokollen des Nachener Congresses ausgesprochenen Grundsatz, wornach die Initiative zur Einberufung einer beratenden oder beschließenden Versammlung von jenem Lande auszugehen habe, dessen Angelegenheiten Gegenstand der Verhandlung sein sollen, also im gegebenen Falle entweder von Italien oder von Rom. In Paris hat man sich der Richtigkeit dieser Bemerkung mit Freuden gefügt (?), da das auswärtige Amt so der übernommenen Verantwortlichkeit enthoben wird. Der Erlaß von neuen Einladungen bleibt nun dem Willen der italienischen und der päpstlichen Regierung anheimgestellt, woraus sich ergibt, daß, wenn auch der Zusammentritt einer Conferenz nicht zu den Unmöglichkeiten gehört, ein ersprießliches Ergebnis derselben, angesichts der italienischen Forderungen, sehr wohl aber unter dieselben gerechnet werden muß. Inzwischen hat der heil. Vater ein Glückwunschtelegramm an den Kaiser gerichtet, der französische Episcopat hat ihm Dankadressen überreicht, die Berichte der Präfecten sprechen von der hohen Befriedigung, welche die ministeriellen Erklärungen allenthalben bei der Landbevölkerung hervorgerufen haben, aber in der Sprache der Blätter, zu deren Sache das Kaiserreich jetzt übergegangen, der clericalen nämlich, gibt sich noch immer ein gewisses Mißtrauen zu erkennen. Allein der „Monde“ freut sich in aufrichtigem Tone über die vollzogene Neugeburt, aber die andern Organe seiner Richtung drücken sich in einer Weise aus, welche darthut, daß sie noch kein volles Zutrauen in die Aufrichtigkeit der kaiserlichen Befehreung setzen. Diesen Zweifel theilen sie übrigens mit den oppositionellen Kreisen, welche im Stillen hoffen, was jene befürchten, daß der Kaiser doch einen Wodons finden werde, um eine Lösung der Frage in der Art herbeizuführen, daß sie mehr die italienischen als die päpstlichen Interessen befriedige. Einstweilen wendet sich der Hauptgrim der liberalen Opposition gegen Herrn Thiers, der durch die Macht seines Wortes das ganze Unheil verschuldete, und es scheint sich eine Art von Uebereinkunft auszubilden, daß derselbe bei den nächsten Wahlen nicht mehr als Candidat der liberalen Partei aufzustellen sei.

Die Verhandlungen der italienischen Kammer fangen an sehr zu ermüden. Jeder Redner ergeht sich in einem langen Selbstgespräch historischer Art ohne praktische Nuganwendung. In Kürze lassen sich die vorherrschenden Richtungen in folgender Weise charakterisiren. Die Linke verlangt durch den Mund ihrer Redner Miceli, Laporta, Villa, Guerzoni, Bertani u. f. w. eine Politik der inneren Reformen und — Zurückberufung des italienischen Gesandten aus Paris. Die gemäßigte Rechte verlangt eine Politik der inneren Reformen ohne eine solche Zurückberufung. Doch darin sind beide einig, daß an neue Verhandlungen mit Frankreich nicht gedacht werden könne. Zum Organ einer dritten Meinung hat sich in einer gehaltvollen Rede der Prof. Verti, früherer Unterrichtsminister, gemacht. Er will nicht, daß die Beziehungen zu Frankreich einen schroffen oder auch nur kühlen Charakter nehmen; er erblickt das Heil Italiens in der Aufrechterhaltung der französischen Allianz, und weil diese Allianz gefährdet wäre, wenn die Franzosen in Civitavecchia blieben, so verwirft er die bloße Politik der inneren Reformen, er verlangt eine thätige äußere Politik, welche Frankreich bestimme, seine Truppen aus Italien heimzuberufen, sei es, daß man mit dem fran-

zösischen Cabinet über die erneute Gültigkeit der September-Convention übereinkomme, sei es, daß man demselben neue andere Garantien für die Sicherheit des Papstes gewähre. Inzwischen befestigt die französische Regierung ihre Stellung nicht nur in der Kammer, sondern auch im Kirchenstaat. Aus Rom und Civitavecchia erfährt man, daß dort mit dem größten Eifer an Befestigungen gearbeitet wird, zu welchen hunderte von Landleuten verwendet werden. Civitavecchia wird von den Franzosen auch in den Außenwerken vollständig armirt, damit die Festung selbst bei einer kleinen Besatzung gegen jeden Handsfreich geschützt sei und sich eine Zeit lang halten könne, bis Hilfe aus Toulon kommen kann.

## 65. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 17. December.

(Schluß.)

Die von Sr. Excellenz dem Herrn Finanzminister in der heutigen Sitzung eingebrachten Gesekentwürfe lauten, wie folgt:

Gesetz.

womit dem Finanzministerium der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder die Ermächtigung zur Veräußerung von Staatseigenthum bis zum Betrage von 15 Millionen Gulden erteilt wird.

Mit Zustimmung der beiden Häuser Meines Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Der Finanzminister für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder wird zur Veräußerung von unbeweglichem Staatseigenthum bis zum Betrage von 15 Millionen Gulden d. W. ermächtigt.

Der zweite Gesekentwurf lautet:

Gesetz.

wegen einiger Aenderungen in dem Ausmaße der Steuer- und Zollrückvergütung beim Export von Zucker und gebrannten geistigen Flüssigkeiten, dann in der Besteuerung der Branntweinzerzeugung von Seiten kleinerer Brennereien, wirksam für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder.

Art. 1. Die Rückvergütung an Zoll- und Verbrauchsabgabe für den über die Zolllinie ausgeführten Zucker wird vom 1. Jänner 1868 anfangen mit Einrechnung des demaligen außerordentlichen Zuschlages nach dem vor der Wirksamkeit des Gesetzes vom 24. December 1864, Nr. 98 des R. G. B., bestandenen Ausmaße, namentlich für Rohzucker mit 4 fl. 55 kr. und für Raffinatzucker mit 5 fl. 54 kr. von jedem Zolcentner netto geleistet.

Diese Bestimmung hat für alle Zuckersendungen zu gelten, welche erst nach dem 31. December 1867 im Exporte die Zolllinie thatsächlich überschritten haben werden.

Art. 2. Vom 1. Jänner 1868 anfangen wird für gebrannte geistige Flüssigkeiten, welche mit dem Vorbehalte der Steuerückvergütung unter Beobachtung der vorgezeichneten Vorschriften in Mengen von mindestens einem niederoberflächlichen Eimer über die Zolllinie ausgeführt werden, von der Verzehrungssteuer und dem 20procentigen Zuschlage statt des bisherigen Ausmaßes von 6 kr. nur der Betrag von 5 Kreuzern für jeden Alkoholometergrad bei einer Temperatur von + 12° Reaumur zurückvergütet.

Diese Anordnung gilt für alle derlei Ausfuhrsendungen, welche erst nach dem 31. December 1867 die Zolllinie thatsächlich überschritten haben.

Art. 3. Den Besitzern von Branntweinbrennereien, welche meiste Stoffe oder Zuckermelassen verarbeiten und deren zur Vergütung dieser Stoffe bestimmte Gefäße einen kleineren Gehalt als 30 n. d. Eimer haben, oder in denen andere als die eben genannten Stoffe verarbeitet werden, wird vom 1. Jänner 1868 anfangen gestattet, die Verzehrungssteuer nach Maßgabe der Menge und Gradhaltigkeit ihres Erzeugnisses im Wege eines freiwilligen Uebereinkommens mit der Finanzbehörde (der Abfindung) mit Anordnung des bestehenden Steuerfußes und des demaligen Zuschlages von 5 + 1 = 6 Kreuzern für jeden Alkoholometergrad zu entrichten; wo jedoch derlei Abfindungen nicht zu Stande kommen, sind die Inhaber der erwähnten Brennereien verpflichtet, die Verzehrungssteuer nach den bis zum 31ten October 1862 in Wirksamkeit gebliebenen gesetzlichen Vorschriften über die sog. Moischraumbesteuerung und nach den von dem Finanzministeriums-Erlasse vom 4. October 1858, Nr. 175 R. G. B., verlautbarten Tariffätzen nebst den demaligen außerordentlichen Zuschlägen zu denselben zu entrichten.

Art. 4. Der Art. 16 des Zuckersenergesetzes vom 18. October 1865, Nr. 105 des R. G. B., dann die Art. 13 bis 16 und 18 des Branntweinsteuergesetzes vom 18. October 1865, Nr. 104 R. G. B., treten gleichzeitig außer Wirksamkeit und wird der Art. 2 des letzteren Gesetzes hiemit theilweise abgeändert.

Art. 5. Mit der Vollziehung des gegenwärtigen Gesetzes ist der Finanzminister für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder beauftragt.

Wir setzen nunmehr den Bericht da fort, wo wir denselben abgebrochen haben.

Die Specialdebatte wird eröffnet.

Bei § 1 stellt Dr. Hanisch die Anfrage an den Berichterstatter und an den Finanzminister, ob die Stadt Brody nach der galizischen Gemeindeordnung berechtigt sei, ein Darlehen aufzunehmen.

Berichterstatter Lippmann bemerkt, daß es sich im § 1 keineswegs um ein Darlehen, sondern um eine der Stadt Brody zuzuwendende Unterstützung von 42.000 Gulden handle.

Der Stadt Brody könne es doch unmöglich verwehrt sein, eine Unterstützung anzunehmen.

Abg. Dr. Hanisch erwidert, daß diese Vorfrage allerdings erst zum § 2 gehöre, er jedoch dieselbe beim § 1 bereits gestellt habe, da von der Beantwortung derselben das Votum einer Anzahl Mitglieder dieses Hauses abhängt.

Abg. Zyblikiewicz erklärt, daß nach der galizischen Gemeindeordnung allerdings Städte und somit auch Brody Darlehen ohne Bewilligung des Landtages, eventuell des Landesauschusses, nicht aufnehmen dürfen im vorliegenden Falle sei jedoch der Stadt Brody von Seite des Landesauschusses die Einwilligung bereits erteilt worden.

§ 1 wird hierauf angenommen.

Die beiden folgenden Paragraphen des Gesetzes werden ohne Debatte angenommen und hierauf das ganze Gesetz in dritter Lesung sogleich zum Beschluß erhoben.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Herabminderung der Salzpreise.

Abg. Skene stellt in Anbetracht der Wichtigkeit des Gegenstandes und seines Zusammenhanges mit dem Budget den Antrag: die Verathung über die Salzfrage dermalen aufzuschieben und erst bei Verhandlung des Budgets pro 1868 auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Dr. Bresl unterstützt diesen Antrag, der hierauf angenommen wird.

Es folgen nun Berichte des volkswirtschaftlichen Ausschusses über Eisenbahnconcessionsgesuche.

Schluß der Sitzung 1 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr.

Tagesordnung: 1. Erste Lesung der heute eingebrachten Regierungsvorlage betreffend die Bedingungen für eine Eisenbahnunternehmung:

a. Bardubitz-Znaim, b. Buschrad-Komotau-Eger;

2. Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses betreffend die Malzsteuer;

3. eventuell Bericht des Ausschusses über die Regierungsvorlage betreffend die Kosten für die Findelanstalten;

4. Berichte des Petitionsausschusses.

## 66. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 18. December.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Beust, Freiherr v. Becke, Graf Taaffe, Ritter v. Hye.

Präsident Dr. Giskra eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Das hohe Justizministerium legt mittelst Zuschrift eine Civilproceßordnung und eine Concursordnung für die nicht zur ungarischen Krone gehörigen Länder vor und stellt zugleich den Antrag, daß auf diese Vorlage das Gesetz vom 30. Juli 1867 (über die Behandlung umfangreicher Vorlagen) Anwendung finde.

Diese Regierungsvorlagen werden auf die nächste Tagesordnung zur ersten Lesung gesetzt werden.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Drei Petitionen bitten um Aufhebung des Concordates.

Se. Excellenz Justizminister Ritter v. Hye beantwortet hierauf die vom Abg. Dr. Roser an ihn als Leiter des Cultus- und Unterrichtsministeriums gerichtete Interpellation betreffs des Baues der Universität in Wien. Se. Excellenz schildert in einer längeren Rede die Verhandlungen, welche in dieser Angelegenheit gepflogen wurden, und theilt mit, daß Se. Majestät mit allerhöchster Entschließung vom vorgestrigen Tage diese Frage damit endgiltig erledigte, daß Se. Majestät die Stadterweiterungsgründe zu beiden Seiten des Rängenschiffes der Votivkirche, ferner die Gewerfabrik und eventuell die Stadterweiterungsgründe längs der Währinger- und Wajagasse neben dem Abgeordnetenhause für den Universitätsbau bestimmte. Se. Excellenz behält sich auch vor, in das Budget des nächsten Jahres 200.000 fl. für den Bau einzustellen, und schließt unter dem Beifall des Hauses.

Es wird zur Tagesordnung geschritten. Erster Gegenstand ist die erste Lesung der in der gestrigen Sitzung eingebrachten Regierungsvorlagen, Eisenbahnbauten betreffend.



Se. Exc. Finanzminister Freiherr v. Becke verzichtet auf eine nähere Begründung der Regierungsvorlagen.

Baron Widmann beantragt, diese Vorlagen dem volkswirtschaftlichen Ausschusse mit dem Auftrage zuzuwiesen, die Beratungen zu beschleunigen und in einer der ersten Sitzungen nach Wiederaufnahme derselben Bericht zu erstatten.

Dr. Prestl beantragt die Wahl eines eigenen Ausschusses.

Abg. Skene unterstützt den Antrag des Baron Widmann mit Hinweisung darauf, daß der volkswirtschaftliche Ausschuss bereits das Material für diese Vorlagen gesammelt habe.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Baron Widmann angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Einführung der Malzsteuer.

Berichterstatter Dr. Prestl beantragt unter Hinweisung auf die Wichtigkeit des Gegenstandes und mit Rücksicht darauf, daß die widersprechenden Ansichten nicht genug geklärt sind, diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzusehen. (Wird angenommen.)

Die Verhandlung über die Regierungsvorlage betreffend die Kosten der Findelanstalten wird, da der Bericht noch nicht aus der Druckerei anlangte, ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt.

Folgende Berichte über Petitionen.

Dr. Figuly berichtet für den confessionellen Ausschuss über eine an das Abgeordnetenhaus gelangte „Erklärung“ der Bewohner des Bezirkes Pomeisl, welche in ungeziemenden Ausdrücken sich gegen die Bestrebungen des Abgeordnetenhauses in Sachen des Concordats ausspricht. Dieselbe ist von dem Pfarrer Hamliczek, dem Caplan Schuth und mehreren anderen Bewohnern Pomeisls unterzeichnet.

Der Ausschuss beantragt, diese Erklärung als zu einer Verhandlung nicht geeignet dem Ueberreicher Abgeordneten Greuter zurückzustellen. (Bravo.)

Abg. Greuter erklärt, er habe diese Erklärung erst überreicht, als er die Ueberzeugung erlangte, daß auch Petitionen für das Concordat im Hause einlangen. Man könne sich nicht verwundern, daß gegenüber den Auslassungen der Presse und einzelner Redner des Hauses ein Protest einlangt. Das Haus möge nicht so sensitiv sein; die Minister müssen sich auch Angriffe in diesem Hause gefallen lassen, warum sollte das Abgeordnetenhaus so sensitiv sein, einer Erklärung einiger Unterthanen gegenüber. Uebrigens möge das Haus die Petition behalten oder ihm dieselbe zurückgeben: der Zweck sei erreicht, es auszusprechen, daß nicht alle Deutschen in Böhmen hinter dem Abgeordnetenhaus stehen.

Dr. Rechsauer bemerkt, daß in der Petition einzelne Ausdrücke durchgestrichen erscheinen, welche sehr beleidigender Natur sind, die man aber noch sehr gut lesen kann.

Dr. Herbst weist darauf hin, daß niemand wisse, wer die Männer sind, die auf der Petition erscheinen, die Gemeindevertretung sei es nicht, es scheint also, daß außer dem Pfarrer und Caplan nur diejenigen unterschrieben sind, welche diesen am nächsten sind, die Schulkinder. Redner versichert, daß die Deutschböhmen entschieden gegen das Concordat sind, (Rufe: Ja wohl!) und verweist auf die eingelangten Petitionen der deutschen Gemeinden Böhmens, welche sich durch sittlichen Ernst und einen hohen Grad von religiösem Gefühl auszeichnen. Uebrigens begreife er durchaus nicht, wie der Pfarrer und Caplan von Pomeisl dazu kommen, sich für die Vertreter der Deutschböhmen auszugeben.

Abg. Greuter verweist darauf, daß auch die Adressen, welche gegen das Concordat eingelaufen sind, gegen den Klerus eine heftige Sprache führen. Aber auch der Klerus stehe noch unter dem Schutze des Gesetzes, ebenso wie das Abgeordnetenhaus. Redner findet es gerechtfertigt, daß der Klerus in einer kirchlichen Frage seine Stimme erhebe, und erklärt, er trete dem Antrage des Ausschusses durchaus nicht entgegen. Wenn das Haus sich beleidigt finden will, so stehe es diesem frei.

Dr. Herbst repliciert mit Hinweisung darauf, daß in Deutsch-Böhmen nicht nur die Städte, sondern auch die Landgemeinden ihre Stimmen gegen das Concordat erhoben haben.

Dr. Vanhans: Pomeisl liege in der Nähe seiner Heimat, er könne versichern, daß die Landbewohner dort mit den Bestrebungen des Abgeordnetenhauses vollkommen einverstanden sind; wenn die Gemeinde noch nicht gegen das Concordat sich ausgesprochen hat, so geschah es, weil die Gemeinde den Frieden liebt und Zwistigkeiten mit dem Herrn Pfarrer vermeiden will.

Abg. Schindler bemerkt, daß die clericalen Schriften, Hirtenbriefe u. s. w. eine Sprache führen, welche alles übersteigt, was in der Presse je zu lesen war. Das Abgeordnetenhaus würde eines eigenen Advocaten bedürfen, um alle die Beleidigungen zurückzuweisen, welche von den Vertretern des Concordates gegen das Haus geschleudert wurden. Wenn Abg. Greuter sagt, der Zweck sei erreicht, so sei dies gewiß wahr; denn man bezwecke nichts anderes, als den Scandal.

Redner erklärt, er hätte beantragt, diese Erklärung dem Ueberreicher mit dem Bedauern zurückzustellen, daß

ein Mitglied des Hauses diese überreichen konnte, erklärt sich aber mit dem Ausschussantrage einverstanden.

(Schluß folgt.)

## Die Militärgrenzfrage.

Die „Debatte“ schreibt: Die slavische Nationalpartei hat sich unter anderen Fragen die Auflösung der Militärgrenze zu einem ganz apparen Lieblichsthemma auserkoren. Seit einigen Wochen stößt sie wieder Behauptungen aus über den Knechtszustand ihrer Brüder in der Militärgrenze, und die Herren Führer weinen förmliche Sündfluthen von Krotodilstränen über den Jammer und die Leiden der Heloten in der Militärgrenze. Es möge uns gestattet sein, die trüben Brillen der patentirten Heuler durch eine sachgemäße Darlegung der Verhältnisse in der Militärgrenze zu klären und die Thränen ihres erlogenen Schmerzes durch eine wahrheitsgetreue Darstellung zu trocknen.

Die Militärgrenze bildet den Kern von 50.000 geschulten Soldaten, die leicht auf 70.000 Mann erhöht werden können, da beinahe die ganze männliche Bevölkerung den Dienst der Waffen erlernt. Diese Macht von ihrer militärischen Führung loszulösen, sie der Verfügung der Krone zu entziehen und den Zwecken der Partei dienstbar zu machen, das ist die Aufgabe und das Endziel der slavischen Jeremiaden über die Brüder in der Militärgrenze.

Würden die fast durchwegs von Ackerbau und Viehzucht lebenden Grenzer dem Einfluß ihrer militärischen Oberen entzogen, würde diese Masse, die nun den politischen Kämpfen der nationalen Exaltados fern steht, plötzlich den Einflüssen der Ultra-Nationalen, die sich aus fanatischen Geistlichen der katholischen und griechisch-unirten Kirche, aus Schullehrern und bankrotteten Kaufleuten rekrutirt, ohne Wahl überliefert: so wäre damit der Stock zu einer Armee gelegt, die, wie sie jetzt fest und treu an ihrem Monarchen hängt, bei der Unselbstständigkeit des politischen Urtheiles in den Reizen gewissenloser Parteibestrebungen leicht zu einer Revolutionsarmee ausarten könnte.

Die strenge Ordnung, mit welcher der unbefugte Grenzverkehr verhindert wird, und die es nicht erlaubt, die Agitation in den türkischen Provinzen zu einer solidariischen zu machen, das ist den Nationalen ein weiterer Dorn im Auge. Diesen Herren sind alle Argumente, wenn es sich um die Erreichung ihrer Ziele handelt, feil wie Haselnüsse; sie klagen scheinheilig, daß die Grenzer intellectuell und materiell zurückgeblieben, und daß sie eine unverhältnißmäßig große Militärlast zu tragen haben.

Sind wir auch weit entfernt, den Kulturzustand der Grenze etwa mit jenem Belgiens zu vergleichen, so müssen wir andererseits auch zugestehen, daß der steinige Boden der Grenze unfähig ist, einen hohen Grad der Cultur anzunehmen, daß man den Karstländer Grenzern, um sie nicht verhungern zu lassen, so viel an Unterstützungen zahlen müßte, als sie jetzt an Sold erhalten. Auch ist die Militärgrenze so ungenügend bevölkert, daß schon dieser Umstand einen besondern Aufschwung der Cultur unmöglich macht. Dies zugestanden, muß jeder Unparteiische, der einen Vergleich zieht zwischen den Zuständen im Provinziale und der benachbarten Grenze, die Thatsache constatiren, daß in der Militärgrenze bessere Straßen, wohllichere Häuser, schöneres Horn- und Hufvieh, fahrbarere Wege und praktischere Ackergeräthe zu finden sind, und daß die Bewohner besser gekleidet und civilisirt sind. Jeder weiß sich mit Anstand zu benehmen, gewählt zu sprechen, und der größere Theil der Bevölkerung ist auch des Lesens und Schreibens kundig. Und fragt man schließlich nicht bloß die Officiere, sondern auch die Grenzer um ihre Ansicht betreffs einer etwaigen Vereinigung mit dem Provinziale, so spricht sich die Gesamtheit, einige bezahlte Krämer und gesinnungslose Speculanten ausgenommen, gegen jede Vereinigung aus.

Was nun den Vorwurf einer allzu großen Militärlast betrifft, so ist die jetzige Verpflichtung jener gleich, welche die ganze Monarchie übernehmen wird, wenn die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt ist. Auch wissen die Grenzer den Vortheil wohl zu schätzen, daß sie, kriegerische Epochen ausgenommen, die ganze Dienstzeit in der Heimat zubringen an ihrem häuslichen Herde, und daß sie andere Nachtheile des Garnisonslebens mit den Linien Soldaten nicht theilen. Stellt man einen zwanzigjährigen Durchschnitt der Verluste der Linienregimenter mit jenen der Grenzer zusammen, so ergibt sich, daß die Linienregimenter weit mehr Abgang an Todten haben, als die Grenzer.

Die von uns hier angeführten Gründe scheinen uns in ihrer Bedeutung und Tragweite so wichtig zu sein, daß von einer Auflösung der Grenze so lange nicht die Rede sein kann, bis nicht die neue Wehrverfassung durchgeführt sein wird. Wir haben mit diesen Bemerkungen keineswegs aber darthun wollen, daß die nun in Wien tagende Commission nicht an organischen Verbesserungen in der Grenze, an einer günstigeren Stellung des griechisch-unirten Ritus und anderen Reformen zu arbeiten haben wird, deren Inslebentreten wir baldigst wünschen.

## Oesterreich.

Wien, 17. December. (Staatsgüterverkauf.) Die „Br. Ztg.“ enthält die Motive zu der vorgestern im Abgeordnetenhaus eingebrachten Vorlage wegen Verkaufes der Staatsgüter: Zbirow, Mstafelbradel, Joachimsthal und Schlaggenwald, dann Borhnia, Janow und Saworow, Pomna, Poddorz, Solotwina, Spas, Medenice, Mrzhglobo, Sambor, Barczyce, Jaworzno, Lipowice und Niepolomice. Der Reinertrag dieser Güter beträgt nach Abzug einer an die Bodencreditanstalt zu zahlenden Annuität 134.290 fl. Wenn es gelingt, die in Rede stehenden Domänen um die beiläufige Summe von 15 Millionen Gulden zu verkaufen, so bleibt dem Staate nach Abzug des Darlehenscapitals von 6,350.000 fl. eine Summe von 8,650.000 fl. zur freien Disposition, welche, nur zum Zinsfuße von 5 pCt. berechnet, eine jährliche Rente von 432.500 fl., d. h. mehr als drei mal so viel abwirft als die Staatsgüter. Allerdings ist die aus dem Verkauf der Domänen einfließende Kaufsumme nicht dazu bestimmt, in der angeführten Weise angelegt zu werden, sondern sie hat zur Bedeckung eines Theiles des Deficits zu dienen. Allein obige Nebeneinanderstellung der Ziffern dient dazu, die außerordentlichen Vortheile anschaulich zu machen, welche für den Staat aus dem Verkauf der Domänen in finanzieller Beziehung erwachsen. Wenn man die Kosten, die die Aufbringung eines Anlehens in dem gleichen Betrage verursacht, berechnet und sie einerseits mit den Ausgaben für die Annuität an die Bodencreditanstalt, andererseits mit den Einnahmen aus den Staatsgütern combinirt, so kommt man auf ähnliche Resultate. Schließlich wird des großen national-ökonomischen Gewinnes erwähnt, den die Veräußerung der Domänen durch die in Aussicht stehende Parzellirung und die hiedurch angeregte größere Production darbietet, und daß die genannten Objecte lauter solche sind, gegen deren Veräußerung weder vom volkswirtschaftlichen Standpunkte, noch aus Rücksicht auf montanistische Interessen oder auf Salinenzwecke auch nur der geringste Anstand obwaltet.

Wien, 18. December. (Sitzung der Deputirtentafel.) Karl Stoll interpellirt den Handelsminister wegen des schlechten Zustandes des Bergbaues in Ungarn. Der Minister antwortete, daß die Montanbezirke aufgefördert wurden, Gutachten abzugeben; bis alle Gutachten eintreffen, werde die Regierung einen Gesekentwurf ausarbeiten und dem Hause vorlegen. Es folgt bringt einen Besekuentwurf ein, welchem gemäß das Haus über die vor Verfügung der Legislative angeordnete Conscription zum Behufe der 1868er Recrutirung seine Mißbilligung aussprechen soll. Hierauf legte Lesung des Staatsschuldengesetzes. Das Gesetz wird angenommen und nebst dem Protokoll der Magnatentafel übersendet.

## Ausland.

München, 17. December. (Die Kammer) hat den Zusatzantrag Schultes zum Artikel 84 des Wehrgesekentwurfes (betreffend die Leistung eines Geldebeitrages Seitens Jener, welche die Wehrpflicht nicht erfüllen) angenommen; ebenso die Modification, daß das Gesetz nicht am 1. Jänner in Kraft trete, sondern am 15. Jänner. Am Samstag ist die letzte Sitzung vor Weihnachten.

Dresden, 17. December. (Abgeordneten-kammer.) Die Regierung brachte einen Gesekentwurf über Bildung von Geschworenenlisten und Geschworenenbank ein. Der Entwurf wurde einer besonderen criminalrechtlichen Commission überwiesen.

Florenz, 18. Dec. (In der gestrigen Kammer-sitzung) erklärte Depretis, er werde nicht dagegen sein, wenn die Kammer das Ministerium unterstützen wolle. Frankreich demüthige uns jetzt; wir können es nicht bekriegen. Wenn die innere Lage des Landes gebessert ist, wird man Rom als Hauptstadt erlangen können. Menabrea sagt, die Truppenintervention im päpstlichen Gebiete sei rechtlich gerechtfertigt; Telegramme aus den päpstlichen Staaten riefen die Intervention der italienischen Truppen Namens der Freiheit und Ordnung an; er erachte die Convention nicht als gelöst, sondern als suspendirt wegen der Intervention Frankreichs. Es besteht kein Artikel, welcher die Auflösung vorherzieht, auch die Zahlung der Semestralquote der päpstlichen Schuld sei suspendirt. Vor allem werde Frankreich das päpstliche Gebiet räumen müssen; sodann bei der Unterhandlung über die Wiederinkraftsetzung der Convention werden wir trachten, die besten Bedingungen zu erlangen zur Erreichung des doppelten Zweckes der Convention: der Räumung von Seite der Franzosen und des Modus vivendi mit der päpstlichen Regierung.

Paris, 18. December. (Die Conferenz.) Der „Constitutionnel“ schreibt: Mehrere Journale haben behauptet, daß nach den von Rouher am 5. December abgegebenen Erklärungen die Conferenz nicht mehr stattfinden könne. Wir haben Mühe zu begreifen, wie diese Erklärung, welche die neunzehnjährige Politik des Kaisers bestätigt, die Beratungen der Mächte verhindern könnte. Niemand konnte jemals daran denken, daß die Vertreter der europäischen Höfe zusammentreten würden, um sich über die Verträge hinwegsetzend, einem von allen legitim



anerkannten Souverain sein Besitzthum wegzunehmen. In gleicher Weise konnte niemand glauben, daß dieselben Vertreter nach den seit 7 Jahren vollzogenen und allgemein anerkannten Thatsachen die so theuer erkaufte italienische Einheit zerstören wollten. Es konnte demnach vor dem 5. December nicht die Rede davon sein, den Papst zu berauben oder Italien zu zerstören. Die Situation ist heute dieselbe. Die Aufgabe der Konferenz sollte die sein, auf Rom und Florenz einen Einfluß zu üben, nicht sowohl wegen einer vollständigen Versöhnung, welche die Zeit allein bewerkstelligen wird, als vielmehr um einen modus vivendi herzustellen, welcher die Schranken zwischen den beiden Staaten beseitigt, die Interessen derselben verschmilzt, die Geschäftigkeit bewirkt und jeden Vorwand zu Conflicten benimmt. Für ein solches Ergebnis den Einfluß von ganz Europa zu interessieren, war nicht zu viel. Der Zweck der Regierung des Kaisers hat sich demnach nicht geändert. Wenn sie bei dem Unternehmen, die Interessen Italiens und der katholischen Welt zu versöhnen und bedauerlichen Conflicten und gefährlichen Unruhen vorzubeugen, scheitert, so wird sie wenigstens ihre Pflicht gethan haben.

**London, 18. Decbr.** (Die Ruhe störung.) Die verheerung der Fenier) dauern fort, obgleich die Polizei energische Vorsichtsmaßregeln ergriffen hat. In Newcastle fand eine Explosion durch Nitroglycerin statt; vier Personen wurden getödtet, mehrere schwer verwundet. Laut dem „Daily Telegraph“ wurde in Wollinghampton der Plan eines gleichzeitigen Angriffes seitens der Fenier auf bestimmte Waffendepots Englands entdeckt. Die Fregatte „Novara“ verließ am 4. December die Havanna.

**Marseille, 17. December.** (Die Ankunft des Erzherzogs Ludwig Victor.) Sr. kais. Hoheit Herr Erzherzog Ludwig Victor, von Spanien kommend, ist hier gestern Abends mit einem großen Gefolge angelangt und reist heute Nachmittags über Nizza nach Triest ab, um dort dem Leichenbegängnisse Sr. Majestät des Kaisers Maximilian beizuwohnen.

**Saag, 17. December.** (Dementi.) Die Gerüchte von einer Verlobung des Prinzen von Oranien mit der Prinzessin von Hannover werden von unterrichteter Seite dementirt.

**Kopenhagen, 17. December.** (Die westindischen Inseln.) Die „Berlingske Btg.“ dementirt die Nachrichten des New-York „Herald“ und der New-York „Times“, daß die Union eine Expedition nach den westindischen Inseln abgeschickt habe. Dasselbe Blatt macht darauf aufmerksam, daß die Abreise der dänischen Inseln in Westindien an die Union erst nach der Ratification des dänischen Kaufvertrages durch den Congress definitiv werde.

**Belgrad, 17. December.** (Das Staatsbudget) wurde veröffentlicht, die Gesamtausgabe beträgt 28,831,414 Pfaster, die Einnahme 28,879,000 Pfaster. Die Regierung erklärt, den Bau der Eisenbahn jedenfalls zu Stande zu bringen. Demeter Bratiano ist hier angekommen.

**New-York, 16. December.** (Congreß.) Butler beantragte eine Resolution, welche seinen jetzt im Finanz-Comité befindlichen Antrag, das Capital der Fünfzigwziger-Bonds in Papiergeld zu bezahlen, enthält. Das Haus verweigert diese Resolution in Empfang zu nehmen. Der Congreß nahm die Resolution, bestätigend die Reconstructions-Acte, an.

## Tagesneuigkeiten.

— (Die Witwe Miramon's.) Ihre kaiserliche Hoheit die Frau Erzherzogin Sophie hat vor einigen Tagen die Witwe des Generals Miramon gütigst empfangen und die eingehenden Mittheilungen und Schilderungen derselben vernommen. Frau Miramon besitzt ein von verstorbenen Sr. Majestät dem Kaiser Maximilian unterzeichnetes Schreiben, worin die unglückliche Gemahlin seines treuen Freundes und ihre Kinder der Kaiserin Charlotte und, sofern Ihre Majestät nicht mehr leben sollte, Ihrer kais. Hoheit der Frau Erzherzogin-Mutter empfohlen werden; ferner eine Haarlöcke des seligen Kaisers und eine von ihm erhaltene Medaille.

— (Die 26. Versammlung der deutschen Land- und Forstwirthe), welche bekanntlich auf das Jahr 1868 verschoben wurde, ist nunmehr auf die Zeit vom 31. August bis 5. September 1868 in Wien festgesetzt. Das Programm wird im nächsten Jahrbuch veröffentlicht. Nach dem der in Dresden gewählte erste Präsident, Fürst Colloredo Mannsfeld, im September d. J. vom Präsidium ausgetreten, wurde dasselbe durch eine Neuwahl ergänzt und besteht aus den Herren Dr. G. W. Pabst und Freiherr v. Washington.

— (Vierfacher Mord.) Wieder ward die Wiener Bevölkerung durch eine Blutthat, wie sie die wildeste Fiebergluth kaum grausiger erfinden kann, tief erregt. Vor einigen Wochen war in den meisten Blättern zu lesen, daß ein Telegraphen-Beamter in Bodenbach eine bedeutende Erbschaft gemacht habe. Der Glücklich, welchem sie angeblich zugefallen, war der Telegraphen-Beamte Nikolaus Böhler in Bodenbach. Was es mit dieser Erbschaft für ein Bewandnis hat, ist noch nicht zur Genüge aufgeklärt. Sicher ist jedoch, daß Böhler aus dem Staatsdienste austrat und sich auf Reisen begab. Samstag früh kam er mit seiner Familie, aus seiner Frau, einem achtjährigen Knaben, einem zweijährigen und einem viermonatlichen Mädchen bestehend, so-

wie mit zwei Dienstmägden, einem Stubenmädchen und einer Amme, in Wien an und blieb im Hotel „zum goldenen Kreuz“ nächst der Paulaner-Kirche auf der Wieden ab. Die Familie bezog zwei nebeneinander gelegene Zimmer. Herr Böhler erzählte jedem, der es hören wollte, er habe in Ostindien eine Erbschaft von 2,300,000 fl. gemacht, und sprach davon, daß er nach Paris abreisen wolle, aber beabsichtige, sich zuvor eine Wertheim'sche Caffee, sowie ein paar Pferde bei Schwabel in der Leopoldstadt zu kaufen. Dienstag Morgens zwischen 4 und 5 Uhr wurde das Stubenmädchen durch ein Wehegeschrei, das aus dem Zimmer ihrer Herrschaft zu ihr drang, aus dem Schlafe aufgeschreckt. Als sich das Wehklagen wiederholte, eilte das Mädchen in das Zimmer der Herrschaft und sah zu ihrem Entsetzen, wie der Herr seine Frau mit den Anzeichen höchster Wuth zu erwürgen suchte. Kaum erblickte Herr Böhler das Mädchen, als er auf dasselbe losstürzte und ihr mit einem sogenannten Lifen-preserver einen heftigen Schlag auf den Kopf versetzte, so daß das Mädchen, betäubt vor Angst und Schmerz, das Heil in der Flucht suchte. Hierauf wendete sich der wie wahnsinnig sich Gebende gegen seine Frau und erschlug mittelst eines Revolvers vorerst diese, dann seine zweijährige Tochter, sodann stürzte er mit dem Lifen-preserver auf seinen achtjährigen Knaben zu und wollte diesen wie sein vier Monate altes Mädchen erschlagen. Leider gelang es ihm, den Säugling zu tödten, während er an der Ausführung des beabsichtigten Mordes seines Sohnes durch das Hinzukommen der Hausleute verhindert wurde; doch erlitt der Knabe einige lebensgefährliche Verletzungen. Diese Unthaten vollzog der Wütherich unter fortwährendem Toben; schließlich ergriß er neuerdings den Revolver und entleerte sich durch einen dritten Schuß. Der noch lebende Sohn und die vier Leichen wurden in das allgemeine Krankenhaus gebracht, wo man Hoffnung hegt, den Knaben am Leben erhalten zu können. Das Stubenmädchen dürfte mit einer leichten Contusion davonkommen, falls der Umstand, daß sie gelegentlich Leibes ist, keine nachtheiligen Folgen für sie haben wird. Wie es mit den Erbschaftsverhältnissen ausgefallen hat, mag die Thatsache beweisen, daß man bei dem Unglücklichen im Ganzen nur eine geringe Baarschaft gefunden hat. Ueber die Motive des grausigen Actes dürfte wohl kein Zweifel bestehen. Es war die That eines Wahnsinnigen. Darauf deuten die Erbschaftsträume, die großen Pläne. Der Mann hatte hier sogar einen Beamten als Reisebegleiter in Dienst genommen, welcher der glänzenden Aussicht wegen einer Anstellung mit 1600 fl. einsteigte.

— (Ein erschütternder Unglücksfall) hat sich in dem der Gutsinhabung Garing gehörigen Waldbuche Morderbach, 3 bis 4 Stunden von Neuhaus an der steirischen Grenze, ereignet. Am Donnerstag, den 12. d. M., ging nämlich eine Schneelawe ab und verschüttete eine Hütte, in welcher sich 18 Holzknechte befanden. Das Unglück wurde erst Samstag Nachmittags entdeckt, als nämlich die Holzknechte nicht am Sammelplatz erschienen. Die übrigen Arbeiter gingen, ein Unglück ahnend, zur Auffindung und fanden die Hütte nicht mehr vor. Bei der sofort angestellten Nachgrabung wurden 4 Holzknechte noch lebend, 7 als Leichen herausgebracht. Nach der Aussage der Geretteten ist die Verschüttung um 8 Uhr früh, als die Knechte in der Hütte eben mit der Bereitung ihres Frühstücks beschäftigt waren, erfolgt. Sieben der Verschütteten konnten bis jetzt noch nicht aufgefunden werden. Die vier noch lebend gefundenen Holzarbeiter, welche durch mehr als 50 Stunden in der verschütteten Hütte begraben waren, befanden sich in einem erbarmungswürdigen Zustande der Erschöpfung; sie wurden in eine andere Hütte gebracht, und es ist noch zweifelhaft, ob sie bei dem Mangel an rechtzeitiger ärztlicher Hilfe werden am Leben erhalten werden können. Nach der Anzeige und der grauenerregenden Schilderung eines hieher gekommenen Arbeiters, welcher bei der ersten Ausgrabung anwesend war und dessen Bruder ebenfalls als Leiche aufgefunden worden, sind zur Durchgrabung der noch auf der Hütte ruhenden Schneemassen mindestens 100 Arbeiter erforderlich.

— (Der Ausbruch des Vesuv.) Der „Weser-Btg.“ wird aus Neapel, 3. December, geschrieben: Nachdem der Vesuv seit dem größeren Ausbruche des Jahres 1865, den kleineren von 1858 und 1861 friedliche Nachbarschaft gehalten, hat er uns seit nunmehr drei Wochen bewiesen, daß es in der alten Cycloperwerkstatt noch lebhaft genug hergehen kann. Das sorglose, dem Tage lebende Neapel klammert sich freilich wenig um das Grollen der unterirdischen Mächte! Kaum, daß selten eine Zeitung sich genöthigt sieht, ihren Lesern eine kurze Mittheilung über den Fortgang des Ausbruchs zu geben, und doch schreit allabendlich die unheimliche Gluth der zahlreichen Flammenströme, die sich langsam abwärts wälzen und die nahe liegenden Dörfschaften mit lebhaften Bejournissen erfüllen, lebhaft genug in die Stadt hinein, zieht es, Schaar auf Schaar, wüthbegierige oder neugierige Fremde auf den Schauplatz der juchzenden Naturerscheinung hinaus. Im Jahre 1864 hatte der Vesuv in einem wieder in's Stoden gerathenen Ausbruch den eigenen Krater fast völlig mit Lava, die nicht zum Abfließen gekommen war, ausgefüllt, so daß er jetzt sich neue Oeffnungen zu brechen genöthigt war; um dieselben bildeten sich alsbald durch die ausgeworfenen Massen Auswurfsteine von entsprechender Anzahl, von denen jedoch derjenige der Hauptöffnung so reichend schnell anwuchs, daß die anderen bald aufhörten, in Thätigkeit zu sein, und größtentheils durch die Auswurfsmasse aus dem Krater des Hauptregels verschüttet wurden; glühende Steine wurden nach einem heute erschienenen Berichte des Professors Palmieri,

Directors des Observatoriums am Vesuv, bis zur Höhe von 240 Meter emporgeschleudert. Am 17. November begann die Lava sich über den Rand des alten Kraters zu ergießen und in mehr als 10 Ströme zertheilt gegen Monte Somma in's sogenannte Atrio dei Cavalli abzufließen. Vor einer Woche nahm dann die Lava die viel bedenklichere Richtung auf Arfina (Herculanum) und Portici, um in schnellem und mehrfacher Wechsel in die frühere Bahn zurückzukehren. Die Besteigung des Berges ist nur noch bis zum Observatorium auf einem Hügel am Abhang des Berges ermöglicht und auch bis dahin nicht ohne alle Gefahr. Nach einem solchen erschienenen Berichte ist die Lava fortwährend im Wachsen begriffen und zeigen sich neue, zum Theil aus früheren Ausbrüchen nicht beobachtete Erscheinungen.

— (Aus America) wird gemeldet, daß Vice-Admiral Tegetthoff in Mexico alle Forderungen an das Vermögen des Kaisers Maximilian berichtigt hat.

## Locales.

— (Gewerbebank in Laibach.) Gestern hielt die jüngst concessionirte Gewerbebank eine Generalversammlung der Actionäre, in welcher die vom Comité verfaßten und von der hohen Regierung modificirten Statuten einhellig beschlossen und angenommen wurden. Es war kaum die Hälfte der Actionäre anwesend und ungeachtet dessen haben die anwesenden Actionäre in einem Zeitraum von kaum einer halben Stunde mit Inbegriff der ursprünglich gezeichneten die Summe von mehr als 61,000 fl. gezeichnet. Es ist dies ein Beweis, wie die Bedeutung dieses für unseren heimatischen Gewerbebestand voraussichtlich so ersprießlichen Institutes gewürdigt wird.

— (Kinderspital.) Gestern hatte der Verwaltungsrath des Kinderspitals die Ehre, sich der hochwohlgebornen Frau Landespräsidentin Conrad v. Ghesfeld vorzustellen und die Bitte vorzutragen, als Stellvertreterin der obersten Schutzfrau dem Vereine beizutreten. Die Frau Präsidentin sagte die Erfüllung dieser Bitte und die Unterstützung dieses Humanitätsinstitutes gütigst zu. — Von Ihrer Excellenz der Frau Sophie Freiin v. Bach ist als Weihnachtsgabe ein Stück Leinwand dem Kinderspitale zugegangen.

— (Einbruch.) Heute Nacht wurde in der im Ludmann'schen Hause in der Elephantengasse vis-à-vis dem Hotel „Elefant“ befindlichen Lottercollectur ein Einbruch verübt. Als die Eigenthümerin heute Morgens das Locale öffnete, fand sie alle Laden offen und sämtliche darin gewesene Baarschaft (man sagt bei 500 fl.) gestohlen. Der Dieb ist wahrscheinlich vom Vorhause aus, nachdem er mit einer Stange, die noch darneben lag, den Kaminofen durchstießen ins Locale eingedrungen.

— (Juristische Gesellschaft.) Der gestrige Abend vereinigte eine größere Anzahl der Mitglieder der juristischen Gesellschaft zu einem gemeinschaftlichen Souper im Gasthause „zur Stadt Wien.“ Es galt, dem allgemeinen Wunsche Ausdruck zu geben, dem Herrn Präsidenten der Gesellschaft, Herrn t. t. Oberfinanzrath und Finanzprocurator Dr. Kallenegger Ritter v. Hierbst, die freudige Theilnahme der Mitglieder an der wohlverdienten Beförderung und zu geben. Herr Vicepräsident Dr. Col. v. Lehmann eröffnete die Reihe der Toaste mit einem Hoch auf den Herrn Finanzprocurator, dessen Verbleiben in dem gewohnten Wirkungskreise zugleich den Wünschen und Sympathien der Gesellschaft entspreche. Es folgte ein Toast des Herrn Präsidenten auf die Functionäre der Gesellschaft, des Herrn Dr. Rudolf auf die uns bevorstehende Weihnachtsfeier der Verfassungsgesetze und das Ministerium, das sie ins Leben führen soll, sowie auf den früheren ersten Secretär und wahren Begründer der Gesellschaft, den anwesenden Herrn Bürgermeister Dr. G. G. Costa, und mehrere andere Toaste launigen und ernstlichen Inhalts, sowie witzige Improvisationen des Herrn Finanzconcipisten v. Formacher. Man blieb in ungebrochener Heiterkeit mehrere Stunden beisammen und trennte sich mit dem Wunsche, sich öfters in ähnlicher heiterer Weise zusammenzufinden.

— („Die Jahreszeiten.“) Wir glauben dem Publicum eine angenehme Nachricht zu bringen, indem wir demselben die Anzeige von der bevorstehenden Aufführung des großen Tonwerkes: „Die Jahreszeiten“ von Haydn machen, wodurch die philharmonische Gesellschaft sich gewiß den Dank aller Kunstfreunde erwirbt und jedenfalls dafür die allgemeine Anerkennung verdient, daß sie uns seit einer Reihe von Jahren mit den interessantesten Schöpfungen der Tonkunst bekannt macht und dadurch das musikalische Renommée der Stadt Laibach auf eine achtungsvolle Stufe gebracht hat. Wie wir vernehmen, findet heute bereits die letzte Clavierprobe statt; von Sachverständigen wird uns versichert, daß die Chöre eminent studirt sind. Die Soli sind in den bewährten Händen des Hrn. Clementine Oberhart und der Herren Adolf Ander und Gustav Moravec. Das Orchester hat uns von seiner Tüchtigkeit beuer bereits glänzende Beweise gegeben. Am Sonntag findet die Generalprobe statt. Die Aufführung selbst ist auf Montag den 23. December festgesetzt. Wenn wir bedenken, daß Haydn's unsterbliche Jahreszeiten bei aller ihrer tiefen musikalischen Vollendung sich gerade durch effectvolle Chöre, Melodienreichtum, reizende Tonmalerei und allgemeine Zugänglichkeit und leichte Verständlichkeit der Musik auszeichnen, so können wir bei der unter Redved's tüchtiger Leitung voraussichtlich gebiegenen Aufführung derselben diesmal nicht bloß den Musiklern, sondern allen Musikfreunden einen genussreichen Abend vorherzusagen.



— (Verheimlichung der Geburt oder Kindesmord?) Am verfloffenen Sonntag begab sich eine Kranke auf einem Zimmer der chirurgischen Abtheilung im hiesigen Civilspitale auf den Abort, wo sie gebar, ohne jemanden zu rufen. Das Kind, ein Knabe, wurde, wie es scheint, todt geboren und im Abortschlauche noch denselben Tag gefunden. Die gerichtliche Untersuchung ist bereits eingeleitet.

Vericht

Aber die am 14. December d. J. stattgefundene Sitzung des Vereins der Aerzte in Krain zu Laibach.

Obmann: Prof. Schiffer. — Schriftführer: Prof. Valentia. — Gegenwärtig: 14 Mitglieder und 1 Gast.

Nach Verlesung und Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls theilte der Obmann die verschiedenen Einkläufe mit, aus welchen insbesondere eine Zuschrift des hohen Landesregierungs-Präsidiums wegen Vorlage von statistischen Ausweisen zu einem Vereins-Kataster und ein Dankschreiben des Hofrathes Löschner hervorzuheben sind, und forderte hierauf den Berichterstatter Dr. Gausler zum Vortrage des in der sogenannten Findelhaussfrage vom diesbezüglichen Comité beschlossenen Gutachtens auf.

Berichterstatter Dr. Gausler bringt nun das von ihm auf Grundlage der in der April-Sitzung genehmigten principiellen Punkte\* ausgearbeitete Gutachten im Namen des Comité's, welches aus den p. l. Herren Dr. Bleiwitz junior, Wundarzt Janjetović und Dr. Valentia bestand, zum Vortrage.

Das sehr eingehende Gutachten legt als Standpunkt des Vereins den humanitären in erster Linie dar und geht die Gründe kritisch durch, welche den hohen Landtag bewogen haben, die Aufhebung der Findelanstalt in Aussicht zu nehmen, zugleich alle anderen von den absoluten Gegnern der Anstalt aufgeführten Gründe in Erwägung ziehend. Es kommt nun zu dem Sage, daß das Land ohne eine Findelanstalt inselbald nicht ohne Schaden bestehen könne, als nicht hierfür eine Versorgungsanstalt für alle schutzbedürftigen familienlosen Kinder Ersatz biete, und zwar aus ethischen, socialen und ökonomischen Gründen; doch sei eine Reform nöthig, damit der Landesrath nicht über die Nothwendigkeit in Anspruch genommen und das arme, unschuldige, uneheliche Kind nicht von vornherein seiner angeborenen Rechte beraubt werde. Dieses könne man um so eher anstreben, als das alte Princip der Findelanstalten: absolute Geheimhaltung der Mutter und Nichterforschung der Vaterschaft, durchwegs nicht aufrechtzuerhalten notwendig ist.

Das Gutachten gibt nun kritisch darstellend eine Reihe von Reformvorschlägen für die Findelanstalt und wendet sich dann zur Gebäranstalt, deren Beibehaltung in zweckmäßiger, minder kostspieliger Form es beantragt, und kommt sonach zu folgenden Schlüssen:

1. Auf eine Aufhebung der Findelanstalt kann nicht eher eingebracht werden, als bis Landes-Versorgungs- oder Pflegeanstalten für schutzbedürftige, familienlose Kinder geschaffen sind.

2. Eine Reform der Findelanstalt auf Grundlage der Humanität, Gerechtigkeit gegen den Findling, Billigkeit gegen die Mutter und die Steuerträger und vorsichtige Sparsamkeit ist dringend nöthig.

3. Diese Reform wäre theils gleich durchzuführen, theils dann, wenn die bürgerliche Gesetzgebung gegenüber unehelichen Kindern den Forderungen der Gerechtigkeit und jetziger Zeitanschauung entsprechend geregelt ist.

4. Diese Reform wäre zugleich das beste Uebergangsmittel zu den unter Punkt 1 erwähnten Anstalten, doch läßt sich jetzt noch nicht die Zeit bestimmen, bis wann dieser Uebergangsproceß vollendet sein kann.

5. Die Gebäranstalt wäre zu belassen und nur insoweit zu reformiren, als sie ähnlichen Bedingungen bezüglich der Aufnahme unterworfen würde, wie die Krankenanstalten.

Von den gegenwärtigen Mitgliedern (es waren außer den Mitgliedern der Vereinsleitung und des bezüglichen Comité noch gegenwärtig die p. l. Doctoren Ritter v. Andrioli, Eisl, Fur, Reesbacher und Kovatsch, dann die Wundärzte Gregorič, Lutan und B. J.) werden die Grundsätze des Gutachtens genehmigt, und zwar nach einer Debatte, an der

\* Selbe waren auch schon seinerzeit in der „Laib. Ztg.“ veröffentlicht.

sich hervorragend die Doctoren Eisl, Fur, Reesbacher, Wundarzt Besh und die Comité-Mitglieder betheiligten. Alsdann wird über Reesbacher's Antrag beschlossen, daß die den Findlingen aufzustellenden Vormünder aus der Heimatgemeinde derselben, möglicherweise über Vorschlag dieser selbst, zu entnehmen seien. Während dann Dr. v. Andrioli und Besh die Ersprißlichkeit der Vormünder überhaupt bezweifeln, bemerkt der Berichterstatter, daß wenn auch nur 10 Percente der Vormünder ihre Pflicht thun, dieses schon ein Gewinn gegenüber jezt sei, und daß eben ein besserer Gemeinfinn u. s. f. angebahnt und die Gleichstellung aller unehelichen Kinder vor dem Gesetze erwirkt werden müsse.

Schließlich einstimmige Annahme des Gutachtens und sah sich der Obmann verpflichtet, dem Referenten Dr. Gausler im Namen des Vereins den wohlverdienten Dank für seine gediegene, nicht vom Verstande allein dictirte, sondern vom und aus dem Herzen kommende Arbeit auszusprechen.

Das Petiotfärsen.

Ein Herr Petiot in Burgund hat gefunden, daß die Weintraber einen weit größeren Vorrath an weinbildenden Stoffen enthalten, als der ablaufende Most consumire. Man läßt daher diese nicht rein auskellern und verfeht den Preßrückstand mit einer entsprechenden Menge von Zuckerwasser, welches jedoch die Zuckerdichte des Mostes haben muß. Diese Masse geräth von Neuem in Gährung und zieht den Farbestoff dergestalt aus den Träbern, daß der Nachwein gewöhnlich eine dunklere Farbe erhält, als der Vorlauf, der erste Weinmost. Diese Operation, die 3 bis 4 mal wiederholt werden kann, nennt man Petiotfärsen. Es liegt auf der Hand, daß die Träber an das Zuckerwasser weinbildende Elemente, als: Gerbestoff, Farbestoff, etwas Säure u. s. w. abgeben.

Die Vortheile des Petiotfärsens sind sehr bedeutend; es kann die erzielte Quantität an Wein mehr als verdoppelt werden, bei ganz gleicher Qualität. Wenn das Uebergießen der Träber vier mal geschieht und sämtliche erhaltene Flüssigkeit von halber Gährung in ein Faß gebracht wird, so ist ein Gallfärsen des Mostes auch zugleich bezweckt und der Ertrag der Weinberge dadurch auf das 2—4fache gesteigert.

Der große Einfluß des Petiotfärsens auf die Vermehrung und demzufolge auf billige Preise des Weines kann aus diesen Angaben leicht erkannt werden.

F. Schollmahr.

Neueste Post.

Agram, 18. December. Bei der heute für den zweiten Bezirk der Stadt Agram vorgenommenen Wahl wurde Dr. Suhaj zum Landtagsdeputirten gewählt. Er erhielt 200 Stimmen; Buchdruckereibesitzer Jasic erhielt 1 Stimme. In der Wahlliste für diesen Bezirk waren 382 Wähler verzeichnet. Gestimmt haben im Ganzen 201.

Berlin, 18. December. Die Verhandlungen mit Dänemark wegen Nordschleswigs werden mit dem neuen Jahr wieder aufgenommen. Die bisherigen preussischen Gesandten werden künftighin bei den fremden Regierungen als Gesandte des Norddeutschen Bundes beglaubigt werden.

Stuttgart, 18. December. In der Kammer wurde ein Gesetzentwurf in Betreff der Wahlen für das Zollparlament eingebracht.

Florenz, 18. December. (Sitzung der Deputirtenkammer.) In der heutigen Sitzung wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung der Ausgabe von 6.620,000 Fr. zur Umänderung der Gewehre, angenommen. Menabrea in seiner gestrigen Rede fort-fahrend acceptirt das Votum der Kammer vom Jahre 1861. Er glaubt, der Papst werde schließlich durch die Natur der Verhältnisse gezwungen sein, den Beistand der italienischen Regierung zu verlangen, und dies werde das sicherste Mittel sein, um nach Rom zu gelangen und dort zu verbleiben. Er glaubt, daß der Garibaldinismus ausgespielt habe. Italien habe Ruhe, Ordnung und Unterricht sehr nothwendig, um seine Schäden zu heilen,

seine Institutionen und die Armee zu kräftigen. Die Regierung will die Freiheit im Innern, aber ohne fortwährende Agitation.

Paris, 18. December. Der heutige „Moniteur“ veröffentlicht ein Circulare des Polizeipräsidenten an die Polizeicommissäre der Stadt Paris, worin er die auf Einschüchterung berechnete Theorie der Journalen widerlegt, daß die Polizei kein Recht habe, eigenmächtig irgend eine Verhaftung vorzunehmen, selbst in dem Falle einer Betretung auf frischer That, wofern es sich nicht um ein in die Competenz des Assisenhofes fallendes Verbrechen handle. — Das „J. de Paris“ schreibt, daß die Depesche Menabrea's nicht Aufklärung über die Erklärungen Rouhers forbert, wohl aber das Conferenzproject als unausführbar bezeichnet. Das Tuilerienecabinet wird noch in dieser Woche antworten. Dasselbe Journal sagt, daß das Project einer engeren Conferenz von Frankreich noch nicht angenommen sei.

St. Petersburg, 18. December. Das für das Jahr 1868 vorbereitete Budget weist kein Deficit nach. Vom 1. Jänner 1868 ab, wird das „Journal de St. Petersburg“ durch eine neue Zeitung unter dem Titel „Courrier Russe“ ersetzt, welche gerichtliche Kundmachungen, officiöse und diplomatische Artikel enthalten wird. — Fürst Gortschakoff spricht sich in einem Schreiben an den russischen Gesandten General Ignatieff in Constantinopel, welches die Regierung veröffentlicht, aus Anlaß der Angriffe der russischen Blätter auf die türkische Regierung für die Freiheit der Presse aus. Die Gesandten Rußlands in Paris und Constantinopel haben einen neundwanzigtägigen Urlaub erhalten, um nach Rußland zu kommen.

Telegraphische Wechselcourse vom 19. December.

Spec. Metalliques 55.85. — Spec. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58.70. — Spec. National-Anlehen 65.16. — Bankactien 67.9. — Creditactien 184.20. — 1860er Staatsanlehen 82.30. Silber 119.50. — London 121.50. — R. f. Ducaten 5.76<sup>10</sup>/<sub>10</sub>.

Geschäfts-Zeitung.

Verlosung. Bei der am 16. December begonnenen Verlosung des kaiserlich russischen Lotteriescheins wurden nachstehende 48 größere Treffer gezogen: Der Haupttreffer von 50.000 fl. C. M. fiel auf Losnummer 128705; der zweite Treffer von 10.000 fl. auf Losnummer 173819 und der dritte Treffer von 3000 fl. auf Losnummer 163828; ferner gewinnt Nr. 133454 1500 fl.; Nr. 67007 und Nr. 117222 gew. je 500 fl.; Nr. 79659 125931 und Nr. 161119 gew. je 400 fl.; Nr. 55901 und Nr. 82708 gew. je 240 fl.; Nr. 5322 19859 45191 49648 80936 93715 118241 und Nr. 157551 gew. je 100 fl.; endlich Nr. 14285 24884 30105 30269 36959 57001 58334 59138 62597 64321 66272 74622 75632 80804 89219 101790 108102 109939 112598 116241 116996 118575 126445 152487 155545 161822 163461 168026 und Nr. 168211 gew. je 82 fl. C. M. Außerdem wurden noch 1952 Nummern mit dem geringsten Gewinne von 72 fl. C. M. gezogen.

Angefommene Fremde.

Am 18. December.

Stadt Wien. Die Herren: Bell, Kaufm., von Brünn. — Hahn, Kaufm., Berens, Inveftier, und Hahn, von Wien. — Sartori, Realitätenbes., von Steinbrunn. — Rudolf, k. f. Hauptm., von Gallenfeld.

Elephant. Herr Ribano, von Wien.

Kaiser von Oesterreich. Die Herren: Turschitsch, Tischler, von Zirkniz. — Tellek und Gandini, Juristen, von Graz.

Theater.

Heute Freitag:

Die alte Schachtel.

Lebensbild mit Gesang in 3 Acten von D. F. Berg.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Decem.	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Stadien auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Amplitude der Stimmwelle	Niederschlag in Linien 24 St. im Vorhergehenden
19.	6 U. Mg.	321.48	+ 5.8	SW schwach	trübe	10.20
2.	„ „	320.30	+ 6.2	S. schwach	Regen	Regen
10.	„ Ab.	320.82	+ 2.7	SO. schw.	trübe	Regen

Regnerischer Tag. Schwarzes Gewölke die Tageshelle verfinstern. Starke Glisse abwechselnd. Gegen 6 Uhr eiliche Blitze mit Donner in SO. Nachts Regen und frischer Schneefall.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmahr

Börsenbericht. Wien, 18. December. Das Geschäft war auch heute von geringem Belang und die Effectencourse erfuhren nur geringfügige Veränderungen. Devisen und Valuten schlossen etwas tiefer Geld flüssig.

Oeffentliche Schuld.				Geld		Waare		Geld		Waare		Geld		Waare	
A. des Staates (für 100 fl.)															
In d. W. zu 5pCt. für 100 fl.	Geld	Waare		Oberösterreich	zu 5%	87.50	88.—	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	147.—	147.50	Clara	zu 40 fl. C.M.	26.—	27.—	
In österr. Währung steuerfrei	57.40	57.60		Salzburg	„ 5 „	86.50	87.50	Defh.Don.-Dampfsch.-Ges.	482.—	484.—	St. Genois	„ 40 „ „	25.—	25.50	
„ Steueranl. in d. W. v. J.				Böhmen	„ 5 „	90.—	91.—	Defterreich. Lloyd in Triest 500 fl.	188.—	190.—	Windischgrätz	„ 20 „ „	16.50	17.50	
1864 zu 5pCt. rückzahlbar	88.50	89.—		Mähren	„ 5 „	88.50	89.50	Wien.Dampfsch.-Actg. 500fl.ö.W.	460.—	465.—	Waldstein	„ 20 „ „	20.75	21.25	
„ Steueranlehen in öst. W.	85.50	86.—		Schlesien	„ 5 „	87.—	88.—	Bester Kettenbrüde	380.—	385.—	Regelwitz	„ 10 „ „	14.50	15.—	
Silberanl. von 1864	72.50	73.—		Steiermark	„ 5 „	88.—	89.—	Anglo-Anstria-Bank zu 200 fl.	110.50	110.75	Rudolf-Stiftung	10 „ „	12.25	12.50	
Silberanl. 1865 (Frcs.) rückzahlb.				Ungarn	„ 5 „	69.75	70.25	Remberger Cernowitzer Actien	168.—	168.50	W e c h s e l. (3 Monate)				
in 37 Jahr. zu 5 pCt. 100 fl.	78.50	79.—		Lemejer = Banat	„ 5 „	69.50	70.—	Pfandbriefe (für 100 fl.)				Angsburg für 100 fl. südd. W.	101.10	101.25	
Nat.-Anl. mit Zins-Coup. zu 5%	65.40	65.50		Croatien und Slavonien	„ 5 „	70.—	71.—	Nationalbank auf verlosbar zu 5%	96.60	96.80	Frankfurt a.M. 100 fl. detto	101.25	101.60		
„ „ „ Apr.-Coup. „ 5 „	65.10	65.25		Galizien	„ 5 „	63.50	64.25	C. M.			Lombard, für 100 Mark Banco	89.50	89.80		
Metalliques „ 5 „	55.70	55.80		Siebenbürgen	„ 5 „	63.50	64.25	Nationalab. auf ö. W. verlosb. 5 „	91.90	92.10	London für 10 Pf. Sterling	121.20	121.60		
detto mit Mai-Coup. „ 5 „	57.79	57.90		Bosnina	„ 5 „	64.—	64.25	Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 „	89.75	90.—	Paris für 100 Francs	48.20	48.25		
detto „ 4 1/2 „	49.25	49.50		Ung. m. d. B.-C. 1867	„ 5 „	67.—	67.25	Ung. öst. Boden-Credit-Anstalt verlosbar zu 5% in Silber	102.50	103.—	Cours der Geldsorten				
Mit Verlos. v. J. 1839	149.50	150.—		Rem. B. m. d. B.-C. 1867	„ 5 „	65.75	66.—	Lose (pr. Stüd.)				R. Münz-Ducaten	5 fl. 75 fr.	5 fl. 76 fr.	
„ „ „ 1854	74.50	75.—		Actien (pr. Stüd.)				Ered.-A. f. S. u. G. 3. pr. 100 fl. ö. W.	128.25	128.50	Napoleonsh'or	„ 9 „ 70	„ 9 „ 71		
„ „ „ 1860 zu 500 fl.	81.80	82.—		Nationalbank (ohne Dividende)	676.—	678.—	Ered.-A. f. S. u. G. 3. pr. 100 fl. ö. W.	86.—	87.—	Russf. Imperials	„ 10 „ „	„ 10 „ 5			
„ „ „ 1860 „ 100	90.75	91.25		R. Ferd.-Nordb. zu 1000 fl. C. M.	1687.—	1690.—	Don.-Dampfsch.-G. 3. pr. 100 fl. C.M.	25.—	25.50	Bereinsthaler	„ 1 „ 78	„ 1 „ 78 1/2			
„ „ „ 1864 „ 100	75.—	75.20		Kredit-Anstalt zu 200 fl. ö. W.	183.80	184.—	Stadtgem. Ofen „ 40 „ ö. W.	115.—	118.—	Silber	„ 119 „ —	„ 119 „ 50			
Como-Montensch. zu 42 L. aust.	21.40	22.—		N. d. Secom.-Ges. zu 500 fl. ö. W.	615.—	618.—	Esterhazy zu 40 fl. C.M.	31.—	31.50	Krainische Grundentlastungs = Obligationen, Preis					
Domainen 5perc. in Silber	104.50	104.75		S.-G.-S. zu 200 fl. C.M. o. 500 fr.	240.80	241.—	„ 40 „ „	24.25	24.75	vatnotrung: 86 Geld, 92 Waare					
B. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Cunt. = Oblig.				Kais. Elif. Bahn zu 200 fl. C.M.	140.—	140.50	„ 40 „ „								
Niederösterreich	zu 5%	89.50	90.50	Süd.-nordb. Ver.-B. 200 „	132.50	133.—									
				Süd.-St.-f.-ven. u. j. i. C. 200 fl.	170.25	170.50									
				Gal. Karl-Lud.-B. 300 fl. C.M.	204.25	204.50									